Nr. 44-641-RO 16

**Wasserrecht;**

**Renaturierung an Rohrbach, Talbach und Helchenbachgraben**

**Standortbezogene Vorprüfung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**

Das Kommunalunternehmen des Marktes Rohr in Niederbayern beantragt mit Unterlagen vom 30.06.2023 die Durchführung eines wasserrechtlichen Verfahrens für Renaturierungsmaßnahmen am Rohrbach, Talbach und Helchenbachgraben. Das Vorhaben dient der Schaffung von Retentionsraum zur Kompensation der durch Niederschlagswassereinleitung verursachten hydraulischen Überlastung in den vorgenannten Gewässern und soll dieser entgegenwirken. Im Rahmen der Renaturierungsarbeiten sollen zum einen Rückhalteflächen geschaffen werden, zugleich wird eine Erhöhung der Strukturvielfalt an den Gewässerläufen und eine Verbesserung der Biodiversität erzielt. Dabei sind Geländeabgrabungen auf insgesamt knapp 1,1 ha vorgesehen sowie punktuelle Strukturanreicherungen im Gewässerbett, verteilt auf einen Gewässerlauf von 830 m.

Das überplante Gebiet befindet sich vollständig in wassersensiblen Bereichen. Nach Umsetzung der Maßnahmen ist mit einer positiven Entwicklung für die Gewässer, die aquatische Flora und Fauna sowie den Naturhaushalt zu rechnen.

Zur Feststellung, ob eine UVP-Pflicht besteht, ist gemäß §§ 5 und 7 Abs. 2 i. V. m. § 2 Abs. 4 Nr. 1 Buchstabe c UVPG und Nr. 13.18.2 der Anlage 1 zum UVPG, eine standortbezogene Vorprüfung als überschlägige Prüfung in zwei Stufen durchzuführen.

In der ersten Stufe ist festzustellen, ob bei der Maßnahme besondere örtliche Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 aufgeführten Schutzkriterien vorliegen. Ergibt die Prüfung in der ersten Stufe, dass keine besonderen örtlichen Gegebenheiten vorliegen, so besteht keine UVP-Pflicht.

Ergibt die Prüfung in der ersten Stufe, dass besondere örtliche Gegebenheiten vorliegen, so ist im Rahmen der zweiten Stufe unter Berücksichtigung der in
Anlage 3 aufgeführten Kriterien festzustellen, ob die Maßnahme erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann.

Durch die Maßnahme sind keine Natura 2000-Gebiete i.S.d. § 7 Abs. 1 Nr. 8 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), keine Naturschutzgebiete gem. § 23 BNatSchG, keine Nationalparke und Nationale Naturmonumente gem. § 24 BNatSchG sowie keine Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gem. §§ 25, 26 BNatSchG betroffen (Nr. 2.3.1 - 2.3.4 der Anlage 3 zum UVPG). Es befinden sich keine Naturdenkmäler i.S.d. § 28 BNatSchG, keine geschützten Landschaftsbestandteile (einschließlich Alleen) gem. § 29 BNatSchG sowie keine gesetzlich geschützten Biotope gem. § 30 BNatSchG im Bereich des Vorhabens (Nr. 2.3.5 - 2.3.7 der Anlage 3 zum UVPG).

Die Verfügbarkeit und Qualität der natürlichen Ressource Wasser wird nicht beeinflusst. Wasserschutzgebiete nach § 51 Wasserhaushaltsgesetz (WHG), Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Abs. 4 WHG sowie Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG sind nicht betroffen.

Ein Überschwemmungsgebiet nach § 76 Abs. 1 WHG liegt nicht vor (Nr. 2.3.8 der Anlage 3 zum UVPG).

Gebiete entsprechend der Nr. 2.3.9 der Anlage 3 zum UVPG liegen nicht vor.

Das Gebiet hat keine hohe Bevölkerungsdichte (Nr. 2.3.10 der Anlage 3 zum UVPG).

Es sind keine Bau- und Bodendenkmäler in unmittelbarer Nähe verzeichnet (Nr. 2.3.11 der Anlage 3 zum UVPG).

**Die Prüfung in der ersten Stufe der Kriterien nach Anlage 3 Nummer 2.3 zum UVPG hat ergeben, dass durch die Renaturierungsmaßnahmen keine besonderen örtlichen Gegebenheiten vorliegen.**

**Gemäß § 7 Abs. 2 UVPG besteht demnach keine UVP-Pflicht.**

Eine Prüfung auf der zweiten Stufe ist vorliegend aufgrund der fehlenden besonderen örtlichen Gegebenheiten nicht mehr erforderlich.

Diese Feststellung – in einem gesonderten Aktenvermerk festgehalten – wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG bekanntgemacht. Sie ist nicht selbständig anfechtbar (§ 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG).

Kelheim, 21.03.2024

Landratsamt Kelheim

gez. Ferch

Abteilungsleiter